

**Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion
zur Perspektive der inneren Sicherheit
im Land Bremen**

1 Entwicklung der Kriminalität

2
3 Die Entwicklung der Kriminalität ist maßgeblich an der jährlich erscheinenden Polizeilichen
4 Kriminalstatistik (PKS) zu erkennen. Im Land Bremen steigerte sich die Anzahl der Straftaten
5 von 2010 auf 2011 um 4,4 Prozent; bundesweit ein Prozent. Bremen war damit 2011 das Land
6 mit der zweithöchsten Steigerung. Im Land Bremen wohnen 0,8 Prozent der Einwohner der
7 Bundesrepublik – in Bremen wurden 2011 aber 1,6 Prozent der Straftaten verübt. Die Krimina-
8 litätsbelastung der Bürgerinnen und Bürger ist am besten durch die Häufigkeitszahl erkenn-
9 bar, bei der die Anzahl der Straftaten zur Einwohnerzahl in Relation gesetzt wird (Anzahl der
10 Straftaten pro 100.000 Einwohner). Bundesweit lag diese 2011 bei 7.328; im Land Bremen war
11 sie fast doppelt so hoch bei 14.077. Im Vergleich mit 38 Städten mit mehr als 200.000 Ein-
12 wohnern lag die Stadtgemeinde Bremen mit 14.116 auf dem fünften Platz. Die Aufklärungs-
13 quote lag 2011 im Land Bremen mit 47,6 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 54,7
14 Prozent. Im Ländervergleich lag Bremen auf Platz 14, im Städtevergleich auf Platz 29.

15
16 Der Diebstahl machte 2011 ungefähr die Hälfte aller Straftaten aus. Die Anzahl der Diebstähle
17 stieg im Land Bremen von 43.007 in 2010 auf 46.085 in 2011. Vergleicht man die Häufigkeits-
18 zahlen der beiden Bremer Städte mit München, ist das Risiko Opfer eines Diebstahls zu wer-
19 den in Bremen fast dreimal höher als in München.

Diebstähle pro 100.000 Einwohner	Bremen	Brhv.	München
2010	6.535	6.348	2.623
2011	6.965	6.947	2.543

21 Quelle: jeweilige PKS

22
23 Besonders stark zugenommen hat der Wohnungseinbruchdiebstahl im Land Bremen (von
24 2.877 auf 3.425). Im Großstadtvergleich ist die Chance Opfer eines Wohnungseinbruches zu
25 werden in Bremen achtmal so hoch wie in München.

Wohnungseinbrüche pro 100.000 Einwohner	Bremen	Brhv.	München
2010	412	543	57
2011	506	577	63

27 Quelle: jeweilige PKS

28
29 Die Rauschgiftdelikte haben im Land Bremen 2011 mit 4.405 Straftaten seit 2008 den Höchst-
30 stand erreicht. Die Zahl der Körperverletzungen stieg langsam, aber stetig - seit 2008 von
31 6.521 auf 6.854 Taten. Im Bereich Raub und Betrug stagnierte die Anzahl der Straftaten weit-
32 gehend. Leicht rückläufig ist die Zahl der Sachbeschädigungen im Land Bremen.

Sachbeschädigungen pro 100.000 Einwohner	Bremen	Bremerhaven
2010	1.038	1.765
2011	955	1.682

34 Quelle: jeweilige PKS

35 **Auswirkungen auf die Opfer**

36

37 Opfer von Straftaten tragen oft Schäden davon, die weit über die eigentliche Tat hinausgehen.
38 Bei einem Wohnungseinbruch können Dinge entwendet werden, die für das Opfer einen hohen
39 finanziellen oder emotionalen Wert haben. Doch häufig sind die entwendeten Gegenstände
40 nicht das eigentliche Problem: Die Täter gehen immer unverfrorener zu Werke, indem
41 es für sie vermehrt keine Rolle spielt, ob jemand zu Hause ist und selbst Räumlichkeiten, in
42 denen sich Personen aufhalten, nach einer möglichen Beute durchsucht werden. Für die Opfer
43 eines Wohnungseinbruchs ist dieser mit dramatischen psychischen Belastungen verbunden;
44 ein Fremder hat sich unberechtigt Zutritt zu den urprivaten Dingen und der Wohnung, die
45 einem besonderen grundrechtlichen Schutz unterliegt, verschafft. In seine Wohnung zurück-
46 zukehren und private Sachen durchwühlt vorzufinden, kann gravierende psychische Folgen für
47 das Opfer haben. In der Folge geht das Sicherheitsgefühl abhanden.

48

49 Es treten seelische Belastungen, wie Schlafstörungen, Empfindlichkeit gegenüber Geräuschen
50 oder Angst vor dem Alleinsein, auf. Verstärkt werden diese psychischen Folgen dadurch, dass
51 die Aufklärungsquote bei Einbrüchen sehr niedrig ist. So bleibt die Angst präsent, ein zweites
52 Mal Opfer desselben Täters zu werden. Diese Angst kann sogar so groß werden, dass die Be-
53 troffenen einen Wohnungswechsel als einzige Lösung sehen.

54

55 Ähnlich ist die Situation beim Raub. Zu den materiellen Verlusten kommen auch hier seelische
56 Schäden. Manche Opfer leiden unter Schlafstörungen oder Angstzuständen. Oft werden Situ-
57 ationen oder Orte, die im Zusammenhang mit dem Überfall stehen, gemieden. Körperverlet-
58 zungen können für die Opfer bleibende physische Schäden bedeuten. Doch selbst wenn sich
59 der Geschädigte körperlich komplett erholt, bleiben oft Alpträume oder Panikattacken und es
60 entwickeln sich Ängste gegenüber anderen Menschen. Die Betroffenen trauen sich teilweise
61 nicht mehr auf die Straße und reagieren mit einem Rückzug aus der Öffentlichkeit. Dies stellt
62 eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit und ein Verlust von Freiheit dar.

63

64 Auch in den Fällen, in denen die Opfer vor Gericht in einem Strafverfahren als Zeugen oder
65 Nebenkläger auftreten, werden die Opfer erneut mit der Tat und all seinen Auswirkungen
66 konfrontiert. Die Möglichkeit der Begleitung durch Opferhilfeeinrichtungen und einen
67 Rechtsbeistand haben hier eine besondere Bedeutung. Das staatliche Angebot im Bereich der
68 Betreuung von Opfern ist unzureichend.

69

70 **Innere Sicherheit ist staatliche Aufgabe**

71

72 Der Schutz der Bevölkerung vor Straftaten, also die Gewährleistung der inneren Sicherheit, ist
73 eine staatliche Aufgabe. Diese übernimmt die Polizei und setzt das geltende Recht zum
74 Schutz der Bürger um. Neben der Sicherung von öffentlichen Veranstaltungen wie Fußball-
75 spielen oder Demonstrationen kommt die Polizei immer dann zum Zug, wenn die Bürger in
76 ihrer größten Not die Nummer 110 wählen.

77

78 Die Polizei arbeitet präventiv, um Gefahren frühzeitig abzuwehren und Straftaten schon vor
79 der Ausführung zu vereiteln, und repressiv, um die Staatsanwaltschaft z. B. mit Durchsuchun-
80 gen bei der Verfolgung von Straftaten zu unterstützen. Dadurch leistet sie einen fundamen-
81 talen Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit im Rechtsstaat.

82

83

84

85

86 **Die Polizei - zwischen Aufgabenwahrnehmung und Konsolidierungsdruck**

87

88 Die Polizei ist nicht nur sprichwörtlich „Dein Freund und Helfer“, sondern leistet im Gefüge
89 der staatlichen Aufgabenwahrnehmung den wichtigsten Beitrag zum Erhalt der öffentlichen
90 Sicherheit. Sie fungiert oftmals als erster Ansprechpartner in allen Notlagen und leistet da-
91 durch noch weitere, über den eigentlichen Aufgabenbereich hinausreichende, soziale Arbeit.
92 Vor dem Hintergrund das Bremen ein Haushaltsnotlageland ist und vor dem Ziel die Neuver-
93 schuldung der Haushalte schrittweise bis 2020 auf Null zu reduzieren, um die jährlichen Kon-
94 solidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro zu erhalten und die Schuldenbremse einzuhal-
95 ten, steht die Politik bei der Personalausstattung der Polizei vor eine schweren, aber nicht
96 unlösbaren Aufgabe.

97

98 Durch die Loslösung des rot-grünen Senats von der Zielzahl von 2.600 Polizeibeamten in Bre-
99 men und 480 in Bremerhaven müssen immer weniger Beamte die gleichen oder teilweise noch
100 mehr Aufgaben wahrnehmen. Die Schließung von Polizeirevieren führt zu Vernachlässigungen
101 im Bereich der Prävention von Straftaten. Eine Umfrage unter Polizeibeamten in Bremerhaven
102 zeigte die Unzufriedenheit der Beamten. Die Mehrheit sah eine Verschlechterung der Ar-
103beitsbedingungen und eine Erhöhung der Einsatzanforderungen durch die angespannte Per-
104sonalsituation. Die Einstellungszahlen in diesem und in den kommenden Jahren führen zu kei-
105ner Verbesserung der Personalsituation und Entlastung der Polizeibeamten.

106

	Bremen	Bremerhaven
Polizeibeamte zum 31.12.11	2.371	424
davon Vollzeit	2.213	389

107 Quelle: Drs. 18/326

108

109 Von dieser Anzahl sind jedoch noch jene abzuziehen, die aus verschiedensten Gründen beur-
110 laubt, in Elternzeit, in Mutterschutz oder langzeiterkrankt sind. So senkt sich die Zahl der Poli-
111 zisten um über 150 in Bremen und über 10 in Bremerhaven. Um die Anzahl der Polizisten kon-
112 stant zu halten, wurde die Lebensarbeitszeit erhöht. Während die Erhöhung in anderen Berei-
113 chen innerhalb von 18 Jahren umgesetzt wird, wird sie bei der Polizei in Bremen schon in 6
114 Jahren erfolgen – wesentlich schneller als in allen anderen Ländern. Tatsächlich können so die
115 altersbedingten Abgänge gesenkt werden.

116

Altersbedingte Abgänge 2013 bis 2018...	Bremen	Bremerhaven
<u>ohne</u> Anhebung der Altersgrenze	512	95
<u>nach</u> Anhebung der Altersgrenze	383	65

117 Quelle: Drs. 18/326

118

119 Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit führt zunächst bis 2014 zu weniger Abgängen, die
120 auch durch die geringe Anzahl von Übernahmen der Polizeianwärter aufgefangen werden
121 können. Die Zahl der altersbedingten Abgänge ab 2015 bleibt konstant oder wird sogar grö-
122 ßer. Nach aktuellem Plan des Senats sinkt die Einstellung von Polizeianwärtern allerdings ra-
123 pide ab.

124

Einstellung von Polizeianwärtern	Bremen	Bremerhaven
2009 bis 2011	276	65
2012 bis 2014	128	22

125 Quelle: Drs. 18/326

126

127 Ab 2015 steht aufgrund der geringen Einstellungen von Polizeianwärtern in den Jahren 2012
128 bis 2014 nur eine geringe Anzahl zur Übernahme bereit. Bereits jetzt ist abzusehen, dass es
129 mittelfristig noch weniger Polizisten geben wird. Die Zielzahlen von 2.600 Polizeibeamten in
130 Bremen und 480 in Bremerhaven werden nach der derzeitigen Planung des Senats auf keinen
131 Fall erreicht.

132
133 Aufgrund der Personalreduzierung wird es auch zukünftig zu einer Arbeitsverdichtung und
134 zusätzlichen Belastungen für die Polizeibeamten kommen. Folge einer hohen Arbeitsbelas-
135 tung ist oftmals eine Verschlechterung der Gesundheit der Beamten. Vermehrt wird über
136 Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Erschöpfung und ähnliches geklagt. Die Fälle von Burn-out
137 nehmen zu. Die hohe Anzahl von Überstunden bei der Polizei weist auf fehlende Regenerati-
138 onsmöglichkeiten der Polizeibeamten hin und wirkt sich ebenfalls negativ auf den Gesund-
139 heitszustand der Beamtinnen und Beamten aus.

140
141 In ihrer täglichen Arbeit müssen die Polizeibeamten mit Gewalt und Beleidigungen auskom-
142 men. Sie werden leider auch angespuckt, ein Zeichen besonderer Respektlosigkeit. Durch ei-
143 nen fehlenden gesellschaftlichen und politischen Rückhalt sinkt das Gefühl der Wertschät-
144 zung ihrer Arbeit. Die Hemmschwelle bei Gewalt gegen Polizeibeamte sinkt, beim Viertelfest
145 2011 wurden Polizisten mit Feuerwerkskörpern, vollen und leeren Bierflaschen, Steinen, Bau-
146 stellenabsperungen, Metallblöcken, Eisenstangen und ganzen Straßenschildern aus teilweiser
147 kurzer Distanz beworfen. Ohne ersichtlichen Grund werden sie wegen ihres Berufs zu Opfern
148 von Attacken.

149
150 Wenn Polizeibeamtinnen und -beamte das Gefühl haben, dass keine ausreichende Rückende-
151 ckung und Wertschätzung durch die Politik und Justiz sowie die Bürgerinnen und Bürger vor-
152 handen ist, kann die Motivation rapide sinken. Demotivierend wirken sich auch geringe Kar-
153 rierechancen aus. Der Polizei gehen zunehmend gute Beamtinnen und Beamte dadurch verlo-
154 ren, dass sie in anderen Ressorts besser besoldete Stellen übernehmen.

155 156 **Perspektive der inneren Sicherheit**

157
158 In den letzten Jahren stieg die Kriminalität im Land Bremen und seinen beiden Gemeinden
159 Bremen und Bremerhaven in einzelnen Deliktbereichen massiv an. Auch wenn in einzelnen
160 Bereichen die Anzahl an Straftaten konstant blieb oder geringfügig sank, zeigt der Vergleich
161 mit anderen Großstädten eine enorme Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Krimina-
162 lität. Aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion ist dies ein unhaltbarer Zustand. Die Bürgerin-
163 nen und Bürger im Land Bremen haben einen gleichwertigen Anspruch auf Gewährleistung
164 der inneren Sicherheit wie in anderen Ländern und Städten.

165
166 Die CDU-Bürgerschaftsfraktion sieht die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung und Unter-
167 nehmen immer auch als Standortfaktor. Wenn potentielle Neubürger und Unternehmen von
168 einer übermäßigen Kriminalitätsbelastung abgeschreckt werden, schädigt dies nicht nur den
169 Ruf Bremens, sondern wirkt sich negativ auf die zukünftige Einnahmensituation aus. Eine ho-
170 che Kriminalität lockt keine Neubürger sondern Täter an. Die Aufklärungsquote der Straftaten
171 muss gesteigert werden, damit keine Täter angezogen sondern diese abgeschreckt werden.
172 Wir setzen uns deswegen für die Möglichkeit ein, an Brennpunkten Videoüberwachungen
173 bzw. eine temporäre Videoüberwachung einzusetzen. Gerade der Medien anziehende Mord
174 am 1. September 2012 im Parkhaus Bremen-Mitte hätte nicht so schnell aufgeklärt werden
175 können, wenn das Parkhaus nicht videoüberwacht gewesen wäre.

176

177 Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion steht der Opferschutz in einer zentralen Bedeutung. Aus
178 diesem Hintergrund wollen wir den Opferschutz weiter verbessern. Neben dem Engagement
179 der Opferhilfeeinrichtungen halten wir es für erforderlich, einen Opferschutzbeauftragten
180 einzusetzen. Dieser kann als erster Ansprechpartner für die Opfer von Gewalt gefährdete
181 Zeugen unterstützen und Maßnahmen koordinieren.

182

183 Solange der Senat keine abweichende Bedarfsanalyse vorlegt, wie viel Polizeibeamte für die
184 Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben notwendig sind, hält die CDU-
185 Bürgerschaftsfraktion an der ermittelten Zielzahl von 2.600 Polizeibeamten in Bremen und
186 480 in Bremerhaven fest. Mit einer Unterschreitung der Zielzahl können die Bürgerinnen und
187 Bürger nicht in erforderlichem Maße vor Kriminalität geschützt werden. Um die Motivation
188 der Polizeibeamten aufrecht zu erhalten und zu verbessern, muss ihnen das Gefühl von Rück-
189 deckung durch die Politik und Gesellschaft gegeben werden. Dazu gehört neben der per-
190 sonellen auch die materielle Ausstattung und das Schaffen von realistischen Karrierechancen,
191 wie beispielsweise eine höhere Ausschöpfung der vorhandenen besser bewerteten Dienstpos-
192 ten. Die Wertschätzung der einzelnen Beamtinnen und Beamten und ihrer Arbeit darf in unse-
193 rer Gesellschaft nicht vernachlässigt werden. Die Polizei steht mit dem Zoll, der Bundespolizei
194 und Bundeswehr im Wettbewerb um qualifizierte Bewerber und muss deshalb an Attraktivität
195 für junge Menschen gewinnen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt sich für einheitliche Be-
196 wertung von Stellen, Beurteilungen und Auswahlkriterien im gesamten öffentlichen Dienst im
197 Land Bremen ein.

198

199 Die Polizeibeamtinnen und -beamten müssen eine hohe Anzahl von Veranstaltungen beglei-
200 ten, von Fußballspielen über Demonstrationen, Feierlichkeiten bis hin zu sogenannten Fuß-
201 ballspielen auf der Sielwallkreuzung und zu Einsätzen in anderen Ländern. Die Polizeibeamten
202 stehen dabei oft im Fokus von gewalttätigen Auseinandersetzungen, sie agieren entweder
203 zwischen den Fronten von rivalisierenden oder verfeindeten Gruppen oder sind selbst das Ziel
204 der Gewalt. Zum Schutz der Beamten sieht es die CDU-Bürgerschaftsfraktion als erforderlich
205 an, dass unsere Polizeibeamten adäquat ausgestattet werden und keine Schutzausstattung
206 tragen müssen, die entweder nicht passt oder aufgrund 20 Jahre langer Benutzung nicht mehr
207 dem aktuellen Stand der Sicherheit entspricht. Genauso muss die Umrüstung auf den Digital-
208 funk so ausgestaltet werden, dass er vernünftig in Gebäuden funktioniert.

209

210 Die Entwicklung der Polizei muss auch an die Kriminalitätsentwicklung angepasst werden. In
211 einer stärker globalisierten Welt, in der die Menschen zunehmend digital vernetzt sind, muss
212 die Polizei mithalten können. Dazu muss die Personalplanung weitsichtig erfolgen, um auf die
213 zukünftigen Anforderungen reagieren zu können. Kriminaltechnische Untersuchungen erlan-
214 gen zunehmend an Bedeutung. Sie müssen zeitnah gewährleistet werden und dürfen nicht ein
215 Jahr lang dauern.

216

217 Es ist die Aufgabe des Senats, das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach innerer Sicher-
218 heit zu gewährleisten. Wenn die Bürgerinnen und Bürger sich nicht mehr ausreichend durch
219 die Polizei geschützt fühlen und die Polizeibeamtinnen und -beamten sich von der Gesell-
220 schaft, Justiz und Politik im Stich gelassen fühlen, dann muss der Senat dem durch eine ent-
221 sprechende Schwerpunktsetzung entgegenen.

222

223